

Telefonieren statt spekulieren

Telekommunikation: Neue Grundsatzklärung zur Sicherung der Grundversorgung

Die Bevölkerung soll wieder auf eine solide Telefonie-Grundversorgung bauen können, anstatt weiter unter den Folgen unerfüllter Telekommunikationsspekulationen leiden zu müssen: Das sieht die neue Grundsatzklärung der Regierung zur Telekommunikation vor, so Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck gestern.

Martin Frommelt

Die Folgen der ehrgeizigen Ziele der Regierung Frick, mit dem Aufbau eines Telekommunikations-Standorts das grosse Geld zu machen, sind hinlänglich bekannt: Die Spekulationen haben sich nicht erfüllt, anstatt dessen gab es Ärger satt mit Telefonie-Problemen. Nun hat die Regierung die neue Grundsatzklärung zur nationalen Telekommunikationspolitik verabschiedet. Erklärtes Ziel: langfristige Sicherung der nationalen und internationalen Grundversorgung und Aufrechterhaltung eines umfassenden Service Public.

Weitere Ziele: Sicherung moderner Telekommunikationsdienstleistungen und marktgerechter Preise, Verbesserung der Erreichbarkeit, Sicherung des internationalen Zugangs zu Technologien, Bekenntnis zum Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt. Regulierung in vernünftigem Mass sowie Koordination der bestehenden Infrastrukturen.

«Sichern statt pushen»

Gemäss Grundsatzklärung der Re-



Lieber die Grundversorgung sichern als weiter einen unergiebigsten Telekommunikationsstandort pushen: Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck. (Bild: Paul Trummer)

gierung Frick sollte sich der Staat im Gegenzug zur Liberalisierung zurücknehmen und dafür von lukrativen Einnahmen seitens des neuen Telekommunikationsmarktes profitieren. Nachdem sich diese Hoffnungen zerschlagen haben, war ein Paradigmenwechsel unumgänglich. «Wir wollen die Grundversorgung sichern und den Telekommunikationsstandort Liech-

enstein nicht weiter pushen», so Rita Kieber-Beck.

Im November im Landtag

Die Grundsatzklärung wird dem Landtag voraussichtlich im November zur Kenntnis gebracht. Sie geht auch auf Änderungen und Anpassungen in der Gesetzgebung, auf Änderungen und Anpassungen in der Konzessions-

praxis der Regierung sowie auf eine langfristige Sicherstellung der Grundversorgung ein.

Mobiltelefonie nicht tangiert

Von der Grundsatzklärung weitgehend unberührt bleibt der Bereich der Mobilfunkkommunikation. Die Regierung lege jedoch grössten Wert darauf, dass auch die Grundversorgung im Be-

reich der mobilen Kommunikation gesichert wird und dass gesundheitsverträgliche Aspekte einer laufenden Prüfung unterzogen werden, so Kieber-Beck.

Restrukturierungsschritt abgeschlossen

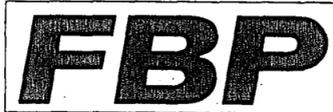
Die Regierung hat auch den Ergebnisbericht der so genannten Phase 3 C der Firma Accenture AG zur Kenntnis genommen. Diese Restrukturierungsphase beinhaltet die Umsetzung des Lösungskonzeptes für den liechtensteinischen Telekommunikationssektor sowie die operative Führung der staatseigenen Liechtenstein TeleNet AG (LTN). Bei der LTN ging es um die Analyse der Kundenstruktur, den Aufbau neuer Geschäftsfelder, die Bereinigung des Produktportfolios, die Konzentration auf die eigenen Kernkompetenzen sowie Verbesserung des unternehmenseigenen Informationssystems und organisatorische Verbesserungen innerhalb der Unternehmensstruktur.

Restrukturierung geht weiter

Die Accenture AG hat ihr Beratungsmandat für die Regierung im Juli abgeschlossen. Die Regierung wird die Restrukturierung des Telekommunikationsbereichs nun eigenständig weiterführen. In einem ersten Schritt wird eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der LTN und der Telecom FL AG geprüft. Ebenfalls geprüft wird eine allfällige Beteiligung der Swisscom Fixnet AG an der LTN. Eine entsprechende Absichtserklärung zwischen Regierung und Swisscom wurde im Mai unterzeichnet.

FBP SCHELLENBERG

Betriebsbesichtigung



Unter Schellenberg AKTIV führt die FBP-Ortsgruppe eine interessante Betriebsbesichtigung der Firma Swarovski in Triesen durch. Tauchen wir ein in die wunderschöne Welt der Kristalle mit den beliebten Figuren und Schmuckstücken am Mittwoch, den 23. Oktober 2002. Herzlichst eingeladen sind Seniorinnen und Senioren ab ca. 60 Jahren. Wir treffen uns beim Gemeindezentrum Schellenberg um 13 Uhr. Wegen Platzbeschränkung bitten wir höflichst um telefonische Voranmeldung bis zum 19. Oktober 2002 unter der Tel. +423/373 72 48 oder Tel. +423/373 36 07.

FBP-Ortsgruppe, Schellenberg AKTIV

ANZEIGE

de Sede

LOVA MOBEL
9490 VADUZ www.lova.li

Jagd: Regierung reagiert auf Kritik

Verlängerung der Jagdpachtperiode lässt Zeit für Klärung der Ruhezeiten-Thematik

Aufgrund von Zeitdruck ist hinsichtlich der Ausscheidung von Ruhezeiten für Wildtiere und der Bedingungen für die neue Jagdpachtperiode vor allem seitens der Jagdvertreter Unmut geäussert worden. Die Regierung reagiert nun auf diese Kritik mit einer einjährigen Verlängerung der Jagdpachtperiode.

Martin Frommelt

Im August hatte die Regierung den interessierten Kreisen den Verordnungsentwurf betreffend die Ausscheidung von Ruhezeiten für Wildtiere und einen sich darauf abstützenden Bericht über die Neueinteilung der Jagdreviere mit Frist bis zum 13. September zur Vernehmlassung unterbreitet. Die knappe Frist ergab sich dadurch, weil das zuständige Amt erst im Juli letzte Grundlagen für den Bericht erhalten hatte, andererseits aber eine Lösung gefunden werden musste, da im kommenden Frühjahr die Jagdpachtperiode ausläuft.

Zeit für Diskussion

Die Regierung hat nun auf Wunsch einiger Gemeinden beschlossen, die Jagdpachtperiode 1994-2003 um ein Jagdjahr bis zum 31. März 2004 zu verlängern. Dadurch soll hinsichtlich der Ruhezeiten-Frage und der Voraussetzungen sowie Auflagen für die nächste Jagdpachtperiode eine umfassende Vernehmlassung respektive Klärung ermöglicht werden. Schon früher war die Vernehmlassungsfrist bis zum 13. Dezember verlängert worden.

Verständnis seitens Regierung

Mit der getroffenen Lösung zeigt die Regierung, dass ihr mit dem Einbezug der Kräfte ernst ist. Regierungsrat Alois Ospelt: «Es war schon so, dass wir extremen Zeitdruck hatten. Die Leute haben sich damit unter Druck



Pachtverlängerung um ein Jahr durch die Regierung (kleines Bild: Regierungsrat Alois Ospelt): Die Frage der Ruhezeiten für Wildtiere kann nun ohne Zeitdruck ausgiebig diskutiert werden.

gesetzt gefühlt. Wir haben darum klar gesagt, dass das nicht sein darf. Es soll nicht vorschnell entschieden werden. Man soll unter Einbezug aller Beteiligten zu einer möglichst einvernehmlichen Lösung kommen. Wir wollen alle Meinungen zu diesen Vorschlägen kennen, um im Interesse eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Wald und Jagd auf lange Sicht möglichst wenig Konfliktfelder zu haben. Ob es im Idealfall zu einer absolut einvernehmlichen Ideallösung kommt, kann ich natürlich nicht versprechen. Die Umsetzung der Wald-Wild-Strategie 2000 soll jedenfalls auf einer breiten und tragfähigen Grundlage langfristig gesichert werden.»

Positive Rückmeldungen

Eine Vielzahl der in die Vernehmlassung

einbezogenen Gemeinden und Alpengenossenschaften haben ihre Stellungnahme bereits abgegeben. In diesen Stellungnahmen ist laut Regierung eine grundsätzlich positive Haltung sowohl zur Ausscheidung von Ruhezeiten für Wildtiere als auch zur Neueinteilung der Jagdreviere festzustellen.

Diese Massnahmen würden allgemein als ein wichtiger Schritt hin zu einem verstärkten Schutz unserer wild lebenden Tierarten und einer nachhaltigen Jagd anerkannt, schreibt die Regierung in ihrer Pressemitteilung.

Die Regierung bekräftigt in ihrer Mitteilung, dass die Erkenntnisse und Ergebnisse der «Wald-Wild-Strategie 2000: Gutachten zur praktischen Lösung des Wald-Wild-Problems im Fürstentum Liechtenstein» die sachlich re-

levante Grundlage für die notwendigen Massnahmen bilden. Dieses Gutachten, dem schiedsrichterlicher Charakter zukommt, würde gemeinsam von der Liechtensteiner Pächterschaft und der Regierung in Auftrag gegeben.

ANZEIGE

frommelt
LI - 9490 Vaduz
Busreisen
02.10.02 - München
Tagesausflug nach München
Oktoberfest/ Modebummel
pro Person 49.-
Fon 00423 232 81 33, Fax 00423 232 42 13
www.frommeltreisen.li, office@frommeltreisen.li